

Stadt Leverkusen

NIEDERSCHRIFT

über die 25. Sitzung (19. TA)

der Bezirksvertretung für den

Stadtbezirk III

am Donnerstag, 06.02.2025,
Villa Wuppermann - Bürgerzentrum,
Kaminzimmer (EG),
Mülheimer Straße 14, 51375 Leverkusen
Beginn: 16:00 Uhr
Ende: 18:50 Uhr

Anwesend:

CDU

Frank Schönberger

Bezirksbürgermeister

Michael Prangenberg

Fraktionsvorsitzender

Georg Karl Wollenhaupt

SPD

Gisela Eickhoff-Prochno

Fraktionsvorsitzende

Petra Haase

Wolfgang Pockrand

Stv. Bezirksbürgermeister

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Roswitha Arnold

2. stv. Bezirksbürgermeisterin

Christoph Kühl

Fraktionsvorsitzender

Claudia Wiese

BÜRGERLISTE

Ralf Peter Müller

FDP

Benedikt Vennemann

AfD

Yannick Noe

Beratendes Ratsmitglied:

Benedikt Rees

Es fehlt:

CDU

Ulrike Hölzer

Verwaltung:

Susanne Weber

Oberbürgermeister, Rat und Bezirke (01)

Sandra Janczura

Ordnung und Straßenverkehr (36)

Conchita Laurenz

Mobilität und Klimaschutz (31)

Ludwig Priewe

Stadtplanung (61)

Reinhard Schmitz

Tiefbau (66)

Nicole Jung

Stadtgrün (67)

Thorsten Wieder

Stadtgrün (67)

Thomas Eberhard

Technische Betriebe der Stadt Leverkusen
AöR

Schriftführung:

Julia Montag

Oberbürgermeister, Rat und Bezirke (01)

Tagesordnung

<u>Öffentliche Sitzung</u>	<u>Seite</u>
1	Eröffnung der Sitzung.....6
2	Niederschriften6
3	Anregungen und Beschwerden nach § 24 GO NRW.....6
3.1	Einleitung verkehrsberuhigender Maßnahmen auf den Straßen Wiehbachtal, Biesenbach und Zum Claashäuschen - Eingabe nach § 24 GO NRW vom 27.11.2024 - m. Stn. v. 08.01.2025 - Nr.: 2024/3153.....7
3.2	Beendigung der Testphase der Einbahnstraßenregelung im Freudenthaler Weg - Eingabe nach § 24 GO NRW vom 10.01.2025 - m. Stn. v. 31.01.2025 (alt) - m. Stn. v. 05.02.2025 (korrigiert) - Nr.: 2025/3182.....8
3.3	Sonderparkausweisregelung Bruchhauser Straße 12 - 26 - Eingabe nach § 24 GO NRW vom 12.01.2025 - m. Stn. v. 31.01.2025 - Nr.: 2025/3184.....9
4	Zusatzanfragen zum Mitteilungsblatt z.d.A.: Rat (ab lfd. Nr. 11/2024)..... 10 Dezernat II..... 10
5	Auflösung Taskforce – Rahmenbedingungen für die Haushaltskonsolidierung schaffen - Ergänzungsantrag der CDU-Fraktion vom 26.11.2024 zum Antrag Nr. 2024/3145 - Nr.: 2024/3148..... 10
6	Haushaltssicherungskonzept - Änderung eines Ratsbeschlusses (Reduzierung der Mittel für die Quartiersarbeit Manfort/Alkenrath) - m. Stn. v. 20.01.2025 - Nr.: 2024/3097..... 10
7	Sondernutzungen von öffentlichen Verkehrsflächen für mehrere Jahre ermöglichen - Antrag der FDP-Fraktion vom 12.11.2024 - m. Stn. v. 13.01.2025 - Nr.: 2024/3158..... 11

8	Nachtragsanträge/-vorlagen	11
	Dezernat III.....	11
9	Verlagerung des Radverkehrs auf die Straße trotz vorhandenem Radweg - Antrag der FDP-Fraktion vom 17.12.2024 - Nr.: 2024/3168.....	11
10	Nachtragsanträge/-vorlagen	12
	Dezernat IV.....	12
11	Nachtragsanträge/-vorlagen	12
	Dezernat V.....	12
12	Grünsatzung – Einstellung der Erarbeitung - Nr.: 2024/3163.....	12
13	Neugestaltung des Spielplatzes Steinbücheler Feld - Nr.: 2024/3157.....	14
14	Nachtragsanträge/-vorlagen	14
	Dezernat I.....	14
15	Nachtragsanträge/-vorlagen	14
15.1	Haushaltssperre – Bezirksvertretungen müssen ebenfalls Beitrag leisten - Antrag der FDP-Fraktion vom 27.01.2025 - m. Stn. v. 29.01.2025 - Nr.: 2025/3206.....	14

Nichtöffentliche Sitzung

Seite

1	Eröffnung der Sitzung.....
2	Niederschriften
3	Zusatzanfragen zum Mitteilungsblatt z.d.A.: Rat (ab lfd. Nr. 11/2024) Dezernat II.....
4	Nachtragsanträge/-vorlagen
	Dezernat III.....
5	Nachtragsanträge/-vorlagen
	Dezernat IV.....
6	Nachtragsanträge/-vorlagen
	Dezernat V.....
7	Vorhabenbezogener Bebauungsplan V 31/III "Steinbüchel (Fettehenne) - Einzelhandel Berliner Straße/Charlottenburger Straße/Teltower Straße" - Antrag auf Änderung des Durchführungsvertrages - m. erg. Anlage v. 22.01.2025 - Nr.: 2024/3029.....
8	Nachtragsanträge/-vorlagen
	Dezernat I.....
9	Nachtragsanträge/-vorlagen

Öffentliche Sitzung

1 Eröffnung der Sitzung

Herr Bezirksbürgermeister Schönberger eröffnet die öffentliche Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Vor Eintritt in die Tagesordnung weist Herr Bezirksbürgermeister Schönberger auf die vorgelegte Arbeitstagesordnung hin. Dieser wird einstimmig zugestimmt.

2 Niederschriften

Rh. Rees (Klimaliste Leverkusen) weist darauf hin, dass er sich in der Sitzung der Bezirksvertretung für den Stadtbezirk III am 28.11.2024 zum Bericht von Frau Laurenz (31) betreffend das Durchfahrtsverbot für LKWs mit Anhängern in Biesenbach, protokolliert hinter dem Tagesordnungspunkt 8.1 „Reduzierung der finanziellen Unterstützung für Migrantenvereine“ (Nr. 2024/3141), für ein Durchfahrtsverbot für LKWs über 7,5 Tonnen und eine alternative Andienung der dort ansässigen Betriebe, wie das Restaurant und der Reiterhof, ausgesprochen hat.

Im Übrigen wird die Niederschrift über die 24. öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung für den Stadtbezirk III vom 28.11.2024 zur Kenntnis genommen.

3 Anregungen und Beschwerden nach § 24 GO NRW

Zu Beginn erteilt die Bezirksvertretung für den Stadtbezirk III den folgenden Personen einstimmig Rederecht:

- Frau Bartylla, Antragstellerin der Eingabe nach § 24 GO NRW „Einleitung verkehrsberuhigender Maßnahmen auf den Straßen Wiehbachtal, Biesenbach und Zum Claashäuschen“ (Nr. 2024/3153)
- Herr Dr. Delpy, Antragsteller der Eingabe nach § 24 GO NRW „Beendigung der Testphase der Einbahnstraßenregelung im Freudenthaler Weg“ (Nr. 2025/3182)
- Frau Neunzig, Antragstellerin der bereits im Jahr 2020 behandelten Eingabe nach § 24 GO NRW „Verkehrssituation/-planung Freudenthaler Weg“ (Nr. 2019/3369)
- Frau Roth in Vertretung des Antragstellers der Eingabe nach § 24 GO NRW „Sonderparkausweisregelung Bruchhauser Straße 12 – 26“ (Nr. 2025/3184)

- 3.1 Einleitung verkehrsberuhigender Maßnahmen auf den Straßen Wiehbachtal, Biesenbach und Zum Claashäuschen
- Eingabe nach § 24 GO NRW vom 27.11.2024
- m. Stn. v. 08.01.2025
- Nr.: 2024/3153

Zunächst trägt Frau Bartylla, Antragstellerin der Eingabe nach § 24 GO NRW Nr. 2024/3153, ihr Anliegen vor. Sie weist darauf hin, dass das Durchfahrtsverbot für LKWs mit Anhänger, das zwischenzeitlich seitens der Verwaltung umgesetzt wurde, ihrer Ansicht nach nicht ausreichend ist und schlägt vor, das Verbot auf LKWs über 7,5 Tonnen zu erweitern oder Sondergenehmigungen an anliefernde LKWs auszustellen.

Herr Prangenberg (CDU) bittet die Verwaltung um Verlangsamung des Verkehrs mit Hilfe von baulichen Maßnahmen.

Herr Pockrand (SPD) regt an, zunächst die Verkehrsbelastung in Biesenbach in den kommenden Monaten zu beobachten und zu prüfen, ob sich der Verkehr durch das zwischenzeitlich eingeführte Durchfahrtsverbot für LKWs mit Anhänger verbessert hat oder ob die Umsetzung weiterer Maßnahmen erforderlich ist. Frau Laurenz (31) spricht sich ebenfalls für diese Vorgehensweise aus.

Rh. Kühl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) erkundigt sich, ob das LKW-Verbot an die Herstellenden von Navigationssystemen weitergegeben wird. Frau Laurenz (31) erläutert, dass Restriktionen für LKWs zwar im Rahmen des Projektes SEVAS erfasst und an die Herstellenden von Navigationssysteme für LKWs weitergeleitet werden. In Navigationssystemen für PKWs sind Durchfahrtsverbote für LKWs jedoch in der Regel nicht erfasst.

Herr Schmitz (66) weist darauf hin, dass in den Straßenabschnitten, die außerhalb der Bebauung liegen, überprüft werden sollte, inwieweit zu den bereits bestehenden Fahrbahneinengungen weitere errichtet werden können, um den Straßenraum für den Durchgangsverkehr unattraktiver zu gestalten.

Frau Janczura (36) ergänzt, dass auf der Neukronenberger Straße und in der Straße Biesenbach regelmäßig Geschwindigkeitsüberwachungen stattfinden, die Verwaltung aber noch weitere Standorte evaluieren kann. Sie bietet zudem an, die Anbringung von Geschwindigkeitstafeln zu prüfen.

Auf Anregung von Herrn Vennemann (FDP) lässt Herr Bezirksbürgermeister Schönberger über folgende geänderte Beschlussfassung abstimmen.

Beschluss:

1. Die Verwaltung prüft Durchfahrtbeschränkungen für LKWs über 7,5 Tonnen für die Straßen Wiehbachtal, Biesenbach und Zum Claashäuschen zur Wahrung bzw. Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit, Ordnung (Verkehrssicherheit) und des Umweltschutzes (Immissions- und Emissionsschutz).

2. Die Verwaltung prüft neben dem Aufstellen von Verkehrsschildern auch bauliche Maßnahmen zur Schaffung bzw. Wiederherstellung der Verkehrssicherheit (z. B. Fahrbahneinengungen in Straßenabschnitten außerhalb der Bebauung).

3. Die Verwaltung wird beauftragt, verstärkte Maßnahmen zur Verkehrs-/Geschwindigkeitsüberwachung umzusetzen.

- einstimmig -

- 3.2 Beendigung der Testphase der Einbahnstraßenregelung im Freudenthaler Weg
- Eingabe nach § 24 GO NRW vom 10.01.2025
- m. Stn. v. 31.01.2025 (alt)
- m. Stn. v. 05.02.2025 (korrigiert)
- Nr.: 2025/3182

Herr Dr. Delpy, Antragsteller der Eingabe nach § 24 GO NRW „Beendigung der Testphase der Einbahnstraßenregelung im Freudenthaler Weg“ (Nr. 2025/3182), trägt sein Anliegen vor und weist darauf hin, dass er die kurzfristige Beendigung der Testphase und Aufhebung der Einbahnstraßenregelung im Freudenthaler Weg sowie die Verbesserung des Straßenzustandes im Freudenthaler Weg beantragt.

Sodann stellt Frau Neunzig, Antragstellerin der bereits im Jahr 2020 behandelten Eingabe nach § 24 GO NRW „Verkehrssituation/-planung Freudenthaler Weg“ (Nr. 2019/3369), ihr Anliegen vor. Sie beantragt die Beibehaltung der Einbahnstraße im Freudenthaler Weg und erklärt, dass sich die Verkehrssicherheit im Freudenthaler Weg durch die Einführung der Einbahnstraßenregelung erhöht hat. Zudem weist sie darauf hin, dass in der Straße Am Scherfenbrand verkehrsberuhigende Maßnahmen, wie Geschwindigkeitsbegrenzungen auf Tempo 10 und Blumenkübel, Parkplätze etc., die Verkehrssicherheit begünstigen.

Anschließend stellt Frau Laurenz (31) die Ergebnisse des Geschwindigkeitsprofils vor, die als Anlage 1 dieser Niederschrift beigefügt sind. Es ist festzuhalten, dass insbesondere im Bereich der Straße Am Scherfenbrand mit einer Geschwindigkeitsbegrenzung von Tempo 10 hohe Geschwindigkeitsverstöße gemessen wurden.

Auf Nachfrage von Herrn Bezirksbürgermeister Schönberger erläutert Herr Schmitz (66), dass die Ein- und Ausfahrten im Bereich der Tempo 10-Zone das Errichten von einengenden Elementen schwierig gestalten, zumal eine ausreichende Fläche für Rettungswagen zur Verfügung stehen muss.

Frau Janczura (36) bietet an, dass der Fachbereich Ordnung und Straßenverkehr regelmäßige Geschwindigkeitsmessungen durchführt.

Herr Wollenhaupt (CDU) erläutert, dass im Freudenthaler Weg ein höheres Gefahrenpotenzial für alle Verkehrsteilnehmenden vorliegt als in der Straße Am Scherfenbrand und er aus Gründen der Sicherheit dementsprechend die Beibehaltung der Einbahnstraßenregelung bevorzugt.

Herr Schmitz (66) weist darauf hin, dass sich im Freudenthaler Weg Straßenschäden befinden. Bei einer Erneuerung der Straße kann als mittelfristige Maßnahme auch die Errichtung von verkehrsberuhigenden Elementen geprüft werden. Dies ist jedoch vor der derzeitigen schwierigen Haushaltslage zu betrachten.

Frau Weber (01) fasst zusammen, dass die Verwaltung zusagt, weiterhin Verkehrsmessungen durchzuführen. Des Weiteren wird die Verwaltung im Zuge einer Sanierung des Freudenthaler Wegs bauliche, verkehrsberuhigende Elemente prüfen, die eine Beendigung der Einbahnstraßenregelung begründen könnten.

Sodann lässt Herr Bezirksbürgermeister Schönberger über die Eingabe nach § 24 GO NRW Nr. 2025/3182 abstimmen.

Beschluss:

Wie Eingabe nach § 24 GO NRW

- einstimmig dagegen -

Damit wird die Einbahnstraßenregelung im Freudenthaler Weg auf unbestimmte Zeit fortgeführt.

3.3 Sonderparkausweisregelung Bruchhauser Straße 12 - 26

- Eingabe nach § 24 GO NRW vom 12.01.2025

- m. Stn. v. 31.01.2025

- Nr.: 2025/3184

Frau Roth, Vertreterin des Antragstellers der Eingabe nach § 24 GO NRW Nr. 2025/3184, trägt ihr Anliegen vor.

Herr Prangenberg (CDU) schlägt vor, den Friedhof zugunsten von Parkflächen zu verkleinern und die Parkscheibenregelung auf der östlichen Seite der Bruchhauser Straße aufzuheben.

Über den Vorschlag von Herrn Prangenberg (CDU), die Parkscheibenregelung auf der östlichen Seite der Bruchhauser Straße aufzuheben, aber die Aufhebung der Parkregelung mit Sonderparkausweis beizubehalten, lässt Herr Bezirksbürgermeister Schönberger abstimmen.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung für den Stadtbezirk III beschließt, die Parkscheibenregelung auf der östlichen Seite der Bruchhauser Straße aufzuheben und die Aufhebung der Parkregelung mit Sonderparkausweis beizubehalten.

dafür: 11 (3 CDU, 3 SPD, 2 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 FDP, 1 BÜRGERLISTE, 1 AFD)
Enth.: 1 (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

4 Zusatzanfragen zum Mitteilungsblatt z.d.A.: Rat (ab lfd. Nr. 11/2024)

Es werden keine Zusatzanfragen zum Mitteilungsblatt z.d.A.: Rat (ab lfd. Nr. 11/2024) gestellt.

Dezernat II

5 Auflösung Taskforce – Rahmenbedingungen für die Haushaltskonsolidierung schaffen

- Ergänzungsantrag der CDU-Fraktion vom 26.11.2024 zum Antrag Nr. 2024/3145
- Nr.: 2024/3148

Herr Prangenberg (CDU) schlägt vor, den Tagesordnungspunkt in die gemeinsame Sitzung des Finanz- und Digitalisierungsausschusses mit dem Haupt- und Personalausschuss am 10.02.2025 zu vertagen.

Dem stimmt die Bezirksvertretung für den Stadtbezirk III einstimmig zu.

6 Haushaltssicherungskonzept

- Änderung eines Ratsbeschlusses (Reduzierung der Mittel für die Quartiersarbeit Manfort/Alkenrath)
- m. Stn. v. 20.01.2025
- Nr.: 2024/3097

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Vorlage

- einstimmig dagegen -

- 7 Sondernutzungen von öffentlichen Verkehrsflächen für mehrere Jahre ermöglichen
- Antrag der FDP-Fraktion vom 12.11.2024
- m. Stn. v. 13.01.2025
- Nr.: 2024/3158

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Antrag

dafür: 8 (2 CDU, 3 SPD, 1 FDP, 1 BÜRGERLISTE, 1 AFD)
dagegen: 4 (1 CDU, 3 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- 8 Nachtragsanträge/-vorlagen

Es liegen keine Nachtragsanträge und -vorlagen in der Zuständigkeit des Dezernats II zur Beratung vor.

Dezernat III

- 9 Verlagerung des Radverkehrs auf die Straße trotz vorhandenem Radweg
- Antrag der FDP-Fraktion vom 17.12.2024
- Nr.: 2024/3168

Rh. Kühl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) beantragt eine getrennte Abstimmung der Beschlusspunkte des Antrags.

Herr Eberhard (TBL) erläutert, dass der im Antrag genannte Abschnitt des Gehwegs der Kandinskystraße mit einer wassergebundenen Decke ausgestattet werden kann. Diese kann auch von Fahrradfahrenden genutzt werden, bietet jedoch nicht den Komfort einer Asphaltdecke. Eine Fällung der dort stehenden Bäume ist nicht möglich.

Herr Schmitz (66) führt aus, dass die Beschilderung „Radfahrer frei“ angebracht werden kann. Den Radfahrenden ist es damit freigestellt, ob sie auf der Straße oder dem Gehweg fahren.

Im Anschluss an die Diskussion lässt Herr Bezirksbürgermeister Schönberger über den Beschlusspunkt 1 des Antrags abstimmen.

Beschluss zu Punkt 1 des Antrags:

Wie Antrag

dagegen: 11 (3 CDU, 3 SPD, 3 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 BÜRGERLISTE, 1 AFD)
Enth.: 1 (FDP)

Damit ist der Beschlusspunkt 1 des Antrags einstimmig bei einer Enthaltung abgelehnt.

Abschließend lässt Herr Bezirksbürgermeister Schönberger auf Antrag von Herrn Pockrand (SPD) über die Erledigung der Beschlusspunkte 2 und 3 aufgrund der Stellungnahme der Verwaltung nacheinander einzeln abstimmen:

Jeweils:

dafür: 11 (3 CDU, 3 SPD, 3 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 BÜRGER-LISTE 1 1 AFD)

dagegen: 1 (FDP)

Damit sind die Beschlusspunkte 2 und 3 des Antrags mehrheitlich für erledigt erklärt.

10 Nachtragsanträge/-vorlagen

Es liegen keine Nachtragsanträge und -vorlagen in der Zuständigkeit des Dezernats III zur Beratung vor.

Dezernat IV

11 Nachtragsanträge/-vorlagen

Es liegen keine Nachtragsanträge und -vorlagen in der Zuständigkeit des Dezernats IV zur Beratung vor.

Dezernat V

12 Grünsatzung – Einstellung der Erarbeitung
- Nr.: 2024/3163

Herr Vennemann (FDP) gibt folgenden Wortbeitrag zu Protokoll:

„Sehr geehrter Herr Bezirksbürgermeister Schönberger,
sehr geehrte Bezirksvertreter,
sehr geehrte Damen und Herren,

die Einstellung der Erarbeitung einer Grünsatzung wird von der FDP Leverkusen ausdrücklich begrüßt.

Allerdings ist uns aufgefallen, dass zunächst der Titel des TOPs irreführend ist. Die Erarbeitung der Grünsatzung ist bereits erfolgt und es fehlt lediglich noch ein Beschluss über den bereits vollständig erarbeiteten Satzungsentwurf. Die Einbringung dieses Satzungsentwurfs wird sodann nicht aus grund-

sätzlichen oder inhaltlichen Erwägungen abgelehnt, sondern weil man seitens der Verwaltung festgestellt hat, dass die Einführung und Überwachung der Grünsatzung nur mit erheblichem personellen Mehraufwand zu bewältigen sein wird.

Es wird in der Begründung sogar ausdrücklich in Erwägung gezogen, dass eine Grünsatzung für die zukünftige Entwicklung der Stadt Leverkusen von besonderer Bedeutung sei und ausdrücklich betont, dass ausschließlich unter dem Aspekt des zusätzlichen Personalbedarfs die Einführung einer Grünsatzung abgelehnt wird und das Projekt „zunächst“ nicht weiterverfolgt wird.

Aus Sicht der Verwaltung folgerichtig lautet der Beschlussentwurf somit:

„Aufgrund der aktuellen Haushaltslage wird die Erstellung der Grünsatzung derzeit nicht weiterverfolgt.“

Die FDP Leverkusen sieht in der Grünsatzung einen übergreifigen Versuch des Eingriffs in das Privateigentum und möchte die mit der Grünsatzung verfolgten Ziele durch gezielte Ansprache und Appelle an die Bürger erreichen. Wir lehnen daher die Grünsatzung als verbindliche kommunale Satzung nicht aufgrund der Kassenlage, sondern aus grundsätzlichen Erwägungen ab.

Ich stelle daher den folgenden Änderungsantrag zu TOP 12 „Grünsatzung – Einstellung der Erarbeitung“ (2024/3163):

„Die Erstellung einer Grünsatzung wird nicht weiterverfolgt.““

Rf. Arnold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) appelliert, die Grünsatzung zu verabschieden, da deren Ausarbeitung bereits weit fortgeschritten ist.

Herr Pockrand (SPD) regt an, die Grünsatzung zunächst zurückzustellen.

Rh. Rees (Klimaliste Leverkusen) empfiehlt, die Satzung öffentlich bekannt zu machen und deren Umsetzung zu einem späteren Zeitpunkt zu kontrollieren, sobald personelle Kapazitäten zur Verfügung stehen.

Sodann wird über den Änderungsantrag von Herrn Vennemann (FDP), die Erstellung einer Grünsatzung nicht weiterzuverfolgen, abgestimmt:

dafür:	8 (3 CDU, 3 SPD, 1 FDP, 1 AFD)
dagegen:	3 (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Enth.:	1 (BÜRGERLISTE)

Anschließend lässt Herr Bezirksbürgermeister Schönberger über die Vorlage abstimmen.

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Vorlage

dafür: 8 (3 CDU, 3 SPD, 1 FDP, 1 AFD)
dagegen: 4 (3 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 BÜRGERLISTE)

13 Neugestaltung des Spielplatzes Steinbücheler Feld
- Nr.: 2024/3157

Beschluss:

Die Bezirksvertretung für den Stadtbezirk III stimmt der von der Verwaltung vorgelegten Planung für die Umgestaltung des Kinderspielplatzes am Steinbücheler Feld mit voraussichtlichen Kosten i. H. v. 195.000 € zu.

Der Beschluss erfolgt vorbehaltlich der Beschlussfassung durch den Rat zum Haushalt 2025 ff. und der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde.

- einstimmig -

14 Nachtragsanträge/-vorlagen

Es liegen keine Nachtragsanträge und -vorlagen in der Zuständigkeit des Dezernats V zur Beratung vor.

Dezernat I

15 Nachtragsanträge/-vorlagen

15.1 Haushaltssperre – Bezirksvertretungen müssen ebenfalls Beitrag leisten
- Antrag der FDP-Fraktion vom 27.01.2025
- m. Stn. v. 29.01.2025
- Nr.: 2025/3206

Herr Prangenberg (CDU) stellt den Änderungsantrag, die Mittel für die kleinen Investitionsmaßnahmen der Bezirksvertretungen für die Stadtbezirke I, II und III, entsprechend der Vorgabe für die Dezernate, in den kommenden fünf Jahren linear um 15 Prozent zu reduzieren.

Rh. Kühl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) spricht sich gegen den Antrag aus und regt an, die Thematik in den Haushaltsplanberatungen zu berücksichtigen.

Frau Weber erklärt die Stellungnahme der Verwaltung und verweist zudem auf die Erläuterungen von Herrn Greger (01) in der Sitzung der Bezirksvertretung für den Stadtbezirk I vom 03.02.2025, die den ergänzenden Beratungsergebnissen zu entnehmen sind. Sie schlägt eine Vertagung des Antrags in die Haushaltsplanberatungen vor.

Daraufhin lässt Herr Bezirksbürgermeister Schönberger auf Antrag von Herrn Wollenhaupt (CDU) darüber abstimmen, den Antrag in die Haushaltsplanberatungen zu vertagen.

dafür: 10 (2 CDU, 3 SPD, 3 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 BÜRGER-LISTE, 1 AFD)

dagegen: 2 (1 CDU, 1 FDP)

Eine Abstimmung über den Antrag von Herrn Prangenberg (CDU) ist damit obsolet.

Herr Bezirksbürgermeister Schönberger schließt die öffentliche Sitzung gegen 18:45 Uhr.

Frank Schönberger
Bezirksbürgermeister
für den Stadtbezirk III

Julia Montag
Schriftführerin